

SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Arbeitsplätze 4

Die Wirtschaft braucht keine Masseneinwanderung.



Kriminalität 6

Im Jahr 2010 waren 7 von 10 Gefängnisinsassen Ausländer.



Werte 10

Folgen der Masseneinwanderung: Schweizer Werte sind in Gefahr.



Für Ihre Drucksachen



Zofinger Tagblatt AG

Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch

SVP-Initiative gegen Masseneinwanderung ist lanciert

Die Schweiz hat immer grosszügig, aber kontrolliert ausländische Arbeitskräfte aufgenommen und ihnen eine berufliche und persönliche Perspektive geboten. In den letzten Jahren hat die Schweiz die Kontrolle über die Einwanderung jedoch verloren. Immer mehr Ausländerinnen und Ausländer strömen in unser Land.

Die negativen Folgen der Masseneinwanderung werden immer offensichtlicher. Es ist deshalb höchste Zeit, dass die Schweiz die Steuerbarkeit über die Zuwanderung zurückgewinnt und den Zustrom von Einwanderern wieder begrenzen kann. Die Folgen sind unter anderem überfüllte Strassen und Züge, explodierende Mieten und Bodenpreise. Zuwanderer aus der EU verdrängen Arbeitnehmer aus Drittstaaten, die wiederum nicht in ihre Heimatländer zurückkehren und die Sozialwerke belasten.

Die Löhne geraten unter Druck. Asylmissbrauch und Ausländerkriminalität steigen. Es braucht die Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“, damit wir wieder selber bestimmen, welche Ausländerinnen und Ausländer für wie

lange in unser Land kommen dürfen. Die Einwanderung soll durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente für alle Bewilligungen des Ausländerrechts begrenzt sein. Bei der Erteilung von Bewilligungen für erwerbstätige



Ausländerinnen und Ausländer soll zudem auf die gesamtwirtschaftlichen Interessen Rücksicht genommen werden. Für die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen sind Kriterien zu definieren, insbesondere das Gesuch eines Arbeitgebers, die Integrationsfähigkeit

und eine ausreichende, eigenständige Existenzgrundlage. Der Anspruch auf dauerhaften Aufenthalt, Familiennachzug und umfassende Sozialleistungen soll für Ausländer beschränkt werden können.



Masseneinwanderung stoppen!

Seit je haben Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz eine neue Heimat gesucht, vor allem als Arbeitssuchende, nicht wenige auch über das Asylverfahren. Gleichzeitig ist und war die schweizerische Wirtschaft immer wieder auf ausländische Arbeitnehmer angewiesen, um spezifische Bedürfnisse abzudecken. Darum hat die Schweiz stets bewusst und kontrolliert ausländische Arbeitskräfte aufgenommen und ihnen eine berufliche und persönliche Perspektive geboten. Sodann hat unser Land, wenn immer möglich geholfen und echten Flüchtlingen mit ihren Familien Zuflucht geboten.

Die Schweiz hat bis zur Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU und zur Öffnung der Grenzen mit der Integration in den Schengen-Raum die Zuwanderung über Kontingente und Höchstzahlen im Ausländerrecht geregelt. Ebenso hatte sie die Hoheit über die Visumserteilung und die Kontrolle der eigenen Grenzen.

Mit der Einführung der Personenfreizügigkeit und der damit verbundenen Aufgabe des Kontingentssystems ab 2007 wurden die Steuerungsmöglichkeiten der Einwanderung jedoch aus der Hand gegeben. Seither explodieren die Einwanderungszahlen. Verschärft wird diese Situation durch zahlreiche illegale Aufenthalte und verschleppte Probleme im Asylwesen. Innerhalb von nur fünf Jahren wanderten netto über 380'000 Menschen in die Schweiz ein, dies entspricht der

Grösse der Stadt Zürich. Jahr für Jahr wird wegen der Zuwanderung – bildlich gesprochen – eine neue Stadt St. Gallen ins Schweizer Mittelland gesetzt. Und ein Ende ist nicht in Sicht. Selbst das Bundesamt für Statistik rechnet inzwischen in bestimmten Szenarien mit 10 Millionen Einwohnern bereits in näherer Zukunft. Die Folgen der ungebremsen Zuwanderung auf Wirtschaft, Mieten, Bodenpreise, Raumplanung, Infrastrukturen, Schulen, Arbeitslosigkeit, Gesundheitswesen und Sozialwerke werden immer offensichtlicher.

Für die Schweiz ist es wichtig, dass man diejenigen Arbeitskräfte ins Land holen kann, die benötigt werden, wenn sich nicht genügend Schweizer Arbeitnehmer finden lassen. Wichtig ist dabei aber, dass diese ausländischen Arbeitskräfte das Land auch wieder verlassen, wenn sie keine Arbeit mehr haben.

Mit der Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ verlangt die SVP, dass die Schweiz die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern wieder eigenständig steuern kann. Dies geschieht dadurch, dass die Schweiz jährlich Höchstzahlen und Kontingente für die Aufenthaltsbewilligungen bestimmt. Dabei ist sicherzustellen, dass es keine Umgehungsmöglichkeiten gibt. Der Initiativtext hält entsprechend fest, dass alle Ausländerkategorien miteinbezogen werden, auch die Grenzgänger und der Asylbereich.

In die Bundesverfassung soll auch der Grundsatz festgeschrieben werden, dass Einwanderung insbesondere dann möglich ist, wenn sie den gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz unter Berücksichtigung eines Vorranges für Schweizerinnen und Schweizer bei der Arbeitssuche dient. Weiter hält die Initiative massgebende Kriterien zur Vergabe von Bewilligungen fest: Ein Stellenangebot eines Arbeitgebers aus der Schweiz muss vorliegen. Es sollen nur Leute einwandern und in der Schweiz bleiben dürfen, die sich auch wirklich integrieren (können und wollen). Und zu guter Letzt ist eine ausreichende, eigenständige Existenzgrundlage als Bedingung festzulegen.

Schliesslich ist auch dafür zu sorgen, dass keine ausufernden Ansprüche auf dauerhaften Aufenthalt, auf Familiennachzug und auf Sozialleistungen bestehen. Zu einer lebenswerten, konkurrenzfähigen und zukunftssträchtigen Schweiz gehören wirkungsvolle Massnahmen gegen die Masseneinwanderung. Die neue SVP-Volksinitiative schafft die Grundlagen dafür.

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Brunner'.

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz

Eidgenössische Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung»

Der Initiativtext

I
Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 121

Sachüberschrift (neu)
Gesetzgebung im Ausländer- und Asylbereich

Art. 121a (neu)

Steuerung der Zuwanderung

- ¹ Die Schweiz steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.
- ² Die Zahl der Bewilligungen für den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz wird durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente begrenzt. Die Höchstzahlen gelten für sämtliche Bewilligungen des Ausländerrechts unter Einbezug des Asylwesens. Der Anspruch auf dauerhaften Aufenthalt, auf Familiennachzug und auf Sozialleistungen kann beschränkt werden.
- ³ Die jährlichen Höchstzahlen und Kontingente für erwerbstätige Ausländerinnen und Ausländer sind auf die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz unter Berücksichtigung eines Vorranges für Schweizerinnen und Schweizer auszurichten; die Grenzgängerinnen und Grenzgänger sind einzubeziehen. Massgebende Kriterien für die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen sind insbesondere das Gesuch eines Arbeitgebers, die Integrationsfähigkeit und eine ausreichende, eigenständige Existenzgrundlage.
- ⁴ Es dürfen keine völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen werden, die gegen diesen Artikel verstossen.
- ⁵ Das Gesetz regelt die Einzelheiten.

II
Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 9 (neu)

- 9. Übergangsbestimmung zu Art. 121a (Steuerung der Zuwanderung)**
- ¹ Völkerrechtliche Verträge, die Artikel 121a widersprechen, sind innerhalb von drei Jahren nach dessen Annahme durch Volk und Stände neu zu verhandeln und anzupassen.
 - ² Ist die Ausführungsgesetzgebung zu Artikel 121a drei Jahre nach dessen Annahme durch Volk und Stände noch nicht in Kraft getreten, so erlässt der Bundesrat auf diesen Zeitpunkt hin die Ausführungsbestimmungen vorübergehend auf dem Verordnungsweg.

Sammeln Sie jetzt Unterschriften - Bestellen Sie die Bögen kostenlos unter 031 300 58 58 oder unter gs@svp.ch

Besuchen Sie ebenfalls unsere Webseite www.stopp-masseneinwanderung.ch



4 Arbeitsplätze

Die Wirtschaft braucht keine Masseneinwanderung

Um die Masseneinwanderung zu verteidigen, werden von ihren Befürwortern häufig wirtschaftliche Argumente vorgebracht. Diese sind jedoch nicht stichhaltig. Es ist unbestritten, dass die Wirtschaft genügend Arbeitskräfte braucht. Aber ein Unternehmer, der über das Alltagsgeschäft hinausieht, weiss, dass in einem hochentwickelten Land der völlig freie Personenverkehr zu unhaltbaren Zuständen führt. Das zeigt sich bereits in der Schweiz, obwohl dieser nicht einmal vollständig eingeführt ist! Die Zahl der Illegalen und der Kriminellen nimmt zu. Um Scheinselbstständige und Dumpinglöhne zu bekämpfen, wird der Arbeitsmarkt reguliert, kontrolliert, bürokratisiert. Damit verliert die Schweiz einen grossen Standortvorteil. Die Sozialwerke werden belastet und - sobald die Konjunktur zurückgeht - werden Arbeitslosigkeit und soziale Spannungen zunehmen. Darum: Keine Industrienation der Welt hat die Kontrolle über die Zuwanderung aufgegeben.



von a. Bundesrat Christoph Blocher, Herrliberg (ZH)

Selbst klassische Einwanderungsländer wie die USA, Kanada oder Australien steuern die Zuwanderung eigenständig. Die Gründe sind klar. Die Regelung der Zuwande-

Asyl- und Ausländerpolitik hat sich die Schweiz leider von diesem Grundsatz entfernt - mit gravierenden Folgen für das Land.

Für manche Unternehmung mag es bequem sein, billige Arbeitskräfte ohne grössere Auflagen aus der EU in die Schweiz zu holen. Doch die Bedürfnisse der Wirtschaft werden dadurch nur bedingt befriedigt. Die Industrie ist auf Spezialisten in spezifischen Gebieten angewiesen. Diese kommen aus der ganzen Welt. Ein Vorrang für

EU-Bürger gegenüber Fachleuten aus den USA, aus Indien oder China macht für die Schweiz schlicht keinen Sinn. Um die für die Schweizer Wirtschaft allenfalls nötigen Arbeitskräfte aus

dem Ausland

zu rekrutieren, braucht es auch keine internationalen Abkommen.

Die Schweiz mit ihren Qualitäten wie Sicherheit, Stabilität, Wohlstand und Lebensqualität ist so attraktiv, dass wir jederzeit die benötigten Arbeitnehmer ins Land holen können. Zu Bedingungen, die die Schweiz festlegen muss.

Kein „Beschäftigungswunder“

Immer wieder wird behauptet, die Personenfreizügigkeit sei der Grund für das wirtschaftliche Wachstum der vergangenen Jahre. Diese Aussage trifft nicht zu. Wenn schon führt wirtschaftliches Wachstum zu Arbeitsplätzen und höherer Beschäftigung. Wenn man die Entwicklung der letzten 20 Jahre jedoch beobachtet, so stimmt



auch dies nur sehr bedingt. So hat die unkontrollierte Zuwanderung von Arbeitskräften in erster Linie zu einer Zunahme von Staatsangestellten geführt. Darum hat sich „der Anteil des öffentlichen Sektors an der Beschäftigung um etwa 5 Prozentpunkte erhöht, von rund 18% im Jahre 1990 auf über 23% heute“, wie die Neue Zürcher Zeitung kürzlich vermeldete (NZZ vom 30.04.2011). Das bedeutet konkret,

“*Wer behauptet, die Sozialwerke profitierten von der Masseneinwanderung hat eine kurzsichtige Optik. Verschleppte Problemlösungen bei den Sozialwerken sind neue Steuern und Abgaben von morgen.*”

runge ist von zentraler volkswirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung.

Dies entspricht auch einem Bedürfnis der Wirtschaft. Mit der Öffnung der Grenzen mit Schengen und Dublin, mit der Einführung der Personenfreizügigkeit und einer inkonsequenten

dass die Schweiz in den wirtschaftlich mageren Jahren (1990–2000) im privaten Sektor über 200'000 Beschäftigte verlor. In den wirtschaftlich fetten Jahren, namentlich von 2005–2010, wurden die in den 90er-Jahren im privaten Sektor abgebauten Arbeitskräfte noch nicht ganz wettgemacht. Demgegenüber haben die Arbeitskräfte im öffentlichen Sektor von 1990–2010 – auch in den wirtschaftlich schlechten Jahren – ununterbrochen zugelegt:

- in der Verwaltung +27'000
- Erziehung und Unterricht +51'000
- Gesundheit und Soziales +138'000.

Der Zuwachs der Beschäftigungszahl aufgrund der Zuwanderung geht netto seit 1990 somit gänzlich auf den öffentlichen Sektor.

Negative Folgen für die Wirtschaft

Auch für die Wirtschaft sind die negativen Folgen der Masseneinwanderung spürbar. Verstopfte Strassen und



Züge, höhere Preise für Liegenschaften, belastete Sozialwerke und eine Nivellierung nach unten im Bildungsbereich können nicht im Interesse der Wirtschaft liegen, ebenso wenig wie das vorherrschende Asylchaos und zahllose illegale Aufenthalter, die schwarz arbeiten.

Wer behauptet, die Sozialwerke profi-

tierten von der Masseneinwanderung hat ebenfalls eine kurzsichtige Optik.

Verschleppte Problemlösungen bei den Sozialwerken sind neue Steuern und Abgaben von morgen. Und schon heute tragen die Unternehmen die Folgen der hohen Ausländeranteile in der Arbeitslosenversicherung, in der

Invalidenversicherung oder der Sozialhilfe finanziell mit, z.B. über höhere Lohnnebenkosten. Eine konjunkturelle Abschwächung, z.B. als Folge der Euro-Krise, würde diese Situation noch massiv verschärfen.

Intelligente Lösungen zur Steuerung der Zuwanderung

Leider hat es der Bundesrat verpasst, die Ventilklausel zur weiteren Kontingentierung der Zuwanderung aus der EU anzurufen, als dies noch möglich war. Er hat die ihm zur Verfügung stehenden Instrumente nicht einmal genutzt, als er sie noch in den Händen hielt. Auch lehnten Bundesrat und Parlament sämtliche Vorstösse der SVP zur Rückgewinnung der migrationspolitischen Handlungsfähigkeit ab. Deshalb ist eine Volksinitiative nun das letzte Mittel. Die Initiative schafft die Grundlage für intelligente Lösungen, welche die Vorteile unseres flexiblen Arbeitsmarktes und Wirtschafts-

standortes erhalten. Abzulehnen sind hingegen sozialistische Eingriffe wie Mindestlöhne, ausufernde Eingriffe in die Vertragsfreiheit der Unternehmen oder eine überbordende Kontrollbürokratie. Die Volksinitiative gegen Masseneinwanderung gibt der Schweiz die Handlungsfreiheit im Bereich der Zuwanderung unter Beibehaltung unserer wirtschaftlichen Trümpfe endlich

wieder zurück, gibt Raum um sowohl das Schengen - als auch das Asylpro-

“Leider hat es der Bundesrat verpasst, die Ventilklausel zur weiteren Kontingentierung der Zuwanderung aus der EU anzurufen, als dies noch möglich war. Er hat die ihm zur Verfügung stehenden Instrumente nicht einmal genutzt, als er sie noch in den Händen hielt.”

blem in den Griff zu bekommen.

Möglich wäre mit Annahme der Initiative beispielsweise eine Rückkehr zum bewährten Modell der Kontingentierung, wie es vor der Einführung der Personenfreizügigkeit bestand. Als Alternative zum früheren System wäre ein modernes Punktesystem zu prüfen, wie es bereits von diversen Staaten erfolgreich angewendet wird, so z.B. von Kanada, Australien und Neuseeland. Ein solches Punktesystem könnte mit dem bisherigen System bzw. mit dem geltenden Ausländergesetz kombiniert werden. Bei einem Punktesystem können neue Bewilligungen im Rahmen der definierten Höchstzahlen und Kontingente nur dann erteilt werden, wenn der Gesuchsteller eine bestimmte Anzahl von Punkten erreicht, die für gewisse Kriterien erteilt werden (Gesuch eines Arbeitgebers, berufliche Qualifikation, Integrationsfähigkeit, Sprache usw.). Die Erfahrungen zeigen, dass ein solches System optimal für eine bedarfsgerechte Einwanderung sorgt.

Die SVP erhöht mit ihrer Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ den Druck auf Bundesrat und Parlament endlich zu handeln. Die Masseneinwanderung ist zu stoppen. Stattdessen brauchen wir wieder eine eigenständig steuerbare Einwanderung damit die Schweiz Schweiz bleibt.

Ausländeranteil in Schweizer Gefängnissen auf Rekordhöhe

Die unkontrollierte und lasche Migrationspolitik hat auch Auswirkungen auf die Ausländerkriminalität und den Missbrauch unseres Asylwesens. Der Ausländeranteil in den Schweizer Gefängnissen ist auf Rekordhöhe und die humanitäre Tradition der Schweiz wird immer mehr ausgenutzt.



von Nationalrätin Andrea Geissbühler, Herrenschwanden (BE)

Mit der Zunahme des Ausländeranteils an der Schweizer Bevölkerung steigt auch der Anteil der Ausländer bei Beschuldigten und Verurteilten von Straftaten. Waren in den 80er Jahren rund ein Drittel der nach dem Strafgesetzbuch

verurteilten Erwachsenen Ausländer, so stieg deren Anteil gegen Ende der 90er Jahre auf etwas weniger als die Hälfte. 2004 wurden erstmals mehr ausländische Erwachsene verurteilt als Schweizer. Dies bei einem Ausländeranteil an der Bevölkerung von rund 20%. 2009 waren **52.6% aller nach Strafgesetzbuch Verurteilten Ausländer – damit liegt der Ausländeranteil auf Rekordhöhe!**

Gleichzeitig hat auch der Anteil schwerer, gewaltintensiver Straftaten in den letzten 10 Jahren stark zugenommen. Auch wenn die Zahl der Straftaten wie Körperverletzungen, Raub

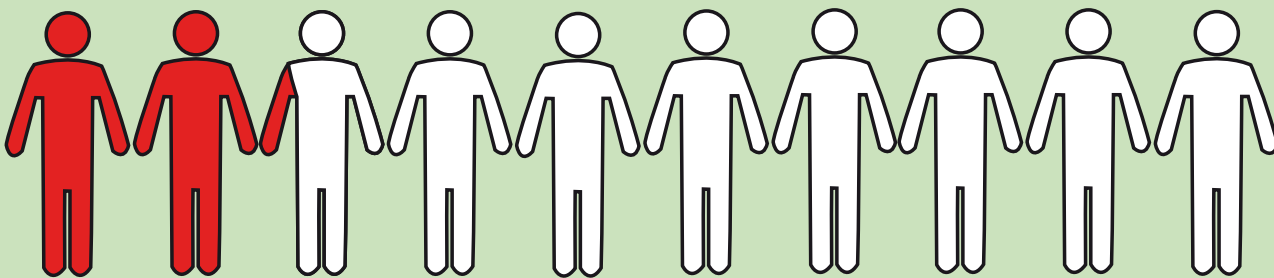
und Vergewaltigungen 2010 leicht zurückgegangen ist, so liegt sie immer noch auf sehr hohem Niveau. Bei den Tötungsdelikten war 2010 gar ein Rekordjahr. Betrachtet man den Ausländeranteil der Beschuldigten verschiedener Straftaten, so erkennt man, dass dieser bei schweren und gewalttätigen Delikten wie Tötungsdelikten, schweren Körperverletzungen und insbesondere Vergewaltigungen äusserst hoch ist. Dies zeigt sich auch in der Statistik der Gefängnisinsassen: **71.6% aller Insassen in Schweizer Gefängnissen waren 2010 Ausländer, oder 7 von 10 Insassen waren ausländischer**

Herkunft! Auch hier steigt der Ausländeranteil kontinuierlich an und ist damit auf einem Höchststand.

Was mit diesen Zahlen statistisch dargestellt wird, erlebe ich als Polizistin leider auch tagtäglich im Einsatz. Wichtig sind daher nicht diese trockenen Statistiken, sondern die konstanten tragischen Vorfälle und Erlebnisse, die wohl keinem Bürger mehr verwehrt bleiben. Insbesondere in

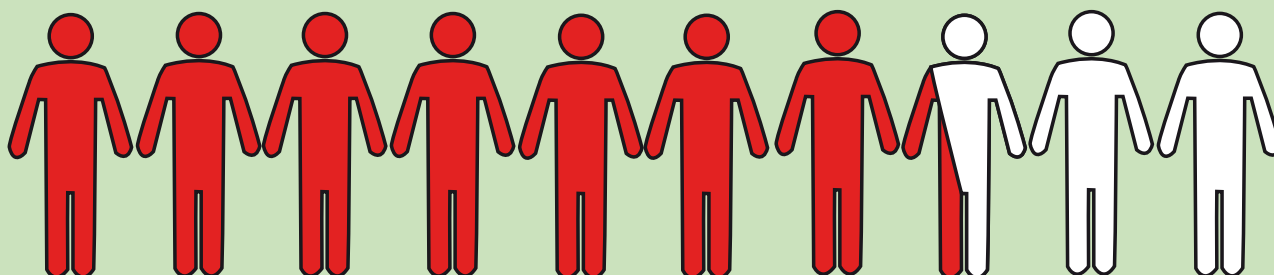
Ausländeranteil bei der Schweizerbevölkerung:

22.1%



Ausländeranteil in Schweizer Gefängnissen:

71.6%



den Städten kennt schon bald jeder eine Person, die niedergeschlagen, verprügelt oder sexuell belästigt wurde. Insbesondere als Frau habe ich grosse Mühe mit dieser Entwicklung, wenn ich mich nicht mehr alleine in gewisse städtische Quartiere begeben kann. Auch hier spielt der überproportionale Ausländeranteil eine grosse Rolle.

Um diese Probleme anzugehen, gibt es verschiedene Ansätze: **Einerseits muss die Umsetzung der von Volk und Ständen angenommenen Ausschaffungsinitiative unverzüglich und inhaltsgetreu angegangen werden. Sollte dies von Bundesrat und Parlament nicht gemäss dem Volkswillen geschehen, so muss eine neue Initiative lanciert werden. Andererseits muss aber auch wieder kontrolliert werden, wer in unser Land einwandert. Dazu müssen die Schweizer Grenzen wieder konsequent kontrolliert und die Zuwanderung begrenzt werden.**

Bei dieser Begrenzung ist es auch notwendig, dass der Asylbereich miteinbezogen wird. Denn dieser hat sich in den letzten Jahren immer wieder als Schlupfloch für Drittstaatseinwanderer, die in der Schweiz Arbeit suchen, entpuppt. Die Schweiz hat eine lange humanitäre Tradition, die es zu erhalten gilt. Immer öfters kommen heute jedoch Asylbewerber, die nicht an Leib und Leben bedroht sind, sondern, die sich ein besseres Leben in der Schweiz erhoffen. Die Zahl der „vorläufig Aufgenommenen“, jenen Asylbewerbern, die kein Anrecht auf Asyl haben, aber nicht in ihre Heimat zurückgeschickt werden können, ist im Verhältnis zum gesamten Asylbestand seit 2010 auf einem Allzeithoch. Über

60% der Personen im Asylprozess in der Schweiz sind sogenannte „vorläufig Aufgenommene“ und leben unter diesem Titel jahrelang in der Schweiz. Da vorläufig Aufgenommene auch in der Schweiz arbeiten dürfen und die kantonale Arbeitsbehörde ihnen unabhängig von der Arbeitsmarktsituation und der Wirtschaftslage eine Bewilligung für die Ausübung einer

Erwerbstätigkeit erteilen kann, bietet sich dieser Status gut als Schlupfloch für Wirtschaftsflüchtlinge an. Darüber hinaus kann ein vorläufig Aufgenommener bereits nach fünf Jahren eine Aufenthaltsbewilligung beantragen. Dieser Missbrauch unseres Asylwesens zeigt sich in gravierendem Masse in der neuen Migration aus Nordafrika, insbesondere aus Tunesien. Die Tatsache, dass sich die Asylgesuche aus Tunesien von Februar bis Mai 2011 mehr als verzehnfacht haben, während die Gesuche aus Staaten, in

dürften gemäss Dublin-Abkommen auch nicht in die Schweiz einreisen. Denn gemäss Dubliner Übereinkommen ist jeweils jener Dublin-Staat für die Prüfung eines Asylgesuches zuständig, in dem das erste Gesuch gestellt wurde. Doch die Umsetzung des

Abkommens lässt stark zu wünschen übrig. Vor allem die effektive Übernahme durch Italien und Griechenland,

den beiden für die Schweiz zentralen Eintrittspforten nach Europa, funktioniert schlecht bis gar nicht. Rückübergaben nach Italien sind kompliziert und kostspielig. Die Schweiz darf pro Tag höchstens drei Personen an den Flughafen in Rom schicken. Dies widerspricht klar dem Dublin-Abkommen. Mit Griechenland wird Dublin gar nicht mehr angewendet, seit der Bund am 26.1.2011 aufgrund der dortigen desaströsen Zustände den vorläufigen Verzicht auf Dublin-Verfahren mit den Hellenen verkündet hatte. Das heisst, dass die Schweiz keine Asylsuchenden mehr nach Griechenland zurückschickt. Damit entsteht eine krasse Lücke im System von Dublin. Dies zeigt, dass sich die Schweiz im Asylbereich nicht wie versprochen auf das Dublin-Abkommen berufen kann, um die Missbrauchsprobleme anzugehen. **Das Asylwesen muss in die Kontrolle der Zuwanderung einbezogen werden. Würde dies nicht geschehen, böte es eine noch stärkere Umgehungsmöglichkeit zur Einwanderung in die Schweiz als es dies heute bereits ist. Auch um diese Problematik zu lösen, müssen die systematischen Grenzkontrollen wieder eingeführt werden. Gleichzeitig muss die Schweiz gegenüber anderen Staaten auch klar auf die Einhaltung des Dublin-Abkommens pochen.**

“*71.6% aller Insassen in Schweizer Gefängnissen waren im Jahr 2010 Ausländer, oder 7 von 10 Insassen waren ausländischer Herkunft!*”

“*Über 60% der Personen im Asylprozess in der Schweiz sind sogenannte „vorläufig Aufgenommene“. Dies sind Asylbewerber, die kein Anrecht auf Asyl haben, aber nicht in ihre Heimat zurückgeschickt werden können.*”

welchen ein wirklicher Konflikt im Gange ist, wie Libyen oder Syrien, nicht übermässig angestiegen sind, beweist, dass in erster Linie arbeitssuchende Tunesier, die sich Hoffnungen auf ein besseres Leben in Europa machen, ein Asylgesuch in der Schweiz stellen. Wirtschaftsflüchtlinge haben aber kein Recht auf Asyl und

8 Infrastruktur

Wegen Zuwanderung: Wohnungsmangel und Verkehrsüberlastung

Nicht die Zuwanderung von nötigen Fachkräften für unsere Wirtschaft ist ein Problem, sondern die unkontrollierte Massenzuwanderung in unser „noch“ attraktives Land. Deren negative Einflüsse zeigen sich unter anderem in massiven Preissteigerungen bei Mieten und Bodenpreisen, einer Zunahme der Mobilität und einem erhöhten Energiebedarf.



von Nationalrat Christoph von Rotz, Sarnen (OW)

In den letzten Jahrzehnten ist die Wohnfläche pro Person stetig angewachsen. Zwischen 1980 und 2000 resultierte eine Steigerung von 30%. Dieses Wachstum ist nicht nur aufgrund des Wohlstandes oder der verschiedenen „modernen“ Familienmodelle entstanden, sondern auch die Folge einer Schrumpfung der durchschnittlichen Haushaltsgrösse. Dieser Trend verursacht generell einen höheren Verbrauch von Boden und Raum zum Wohnen, da verhältnismässig immer weniger Personen auf derselben Wohnfläche leben. Gleichzeitig ist seit der Einführung der Personenfreizügigkeit das Bevölkerungswachstum in der

Schweiz geradezu explodiert. In den letzten vier Jahren resultierte eine Einwanderung von 330'000 Personen – dies entspricht in etwa der Einwohnerzahl des Kantons Tessin oder des Kantons Wallis! Problematisch ist die Tatsache, dass die Schweiz aufgrund

ihrer Topographie gerade mal 7% Siedlungsfläche aufweist. Unser Land ist deshalb bereits heute im internationalen Vergleich sehr dicht besiedelt.

Mehr Einwohner – explodierende Miet- und Bodenpreise

Die hohe Zuwanderung hat einen klaren Effekt auf den Immobilienmarkt, in welchem aufgrund der star-

in der Stadt Zürich in den letzten 10 Jahren um 60%! Mietwohnungen sind so rar, dass es ellenlange Wartelisten gibt und schliesslich das Los entscheidet, ob man die begehrte Wohnung bekommt. Viele gutverdienende Zuwanderer lassen sich bevorzugt in den grossen Arbeitsplatz-Zentren nieder. Viele Einheimische können sich diese hohen Preise kaum mehr leisten und

werden gezwungen, in entferntere Regionen umzuziehen – was wiederum einen Anstieg beim Pendlerverkehr bewirkt. Dieser Trend wird auch in den kommenden Jahren eher zu- als abnehmen, da in der Schweiz trotz hoher Wohnbautätigkeit weiterhin ein sehr tiefer Leerwohnungsbestand herrscht. Der Traum vom eigenen Haus ist für viele Leute angesichts der hohen Zuwande-



Quelle: Bundesamt für Wohnungswesen (BWO), durchschnittliches Wachstum über alle Bereiche.

ken Nachfrage sowohl die Kauf- wie auch Mietpreise in die Höhe schnelten. Insbesondere in den Zentren Zürich, Genf und Lausanne aber auch in der Zentralschweiz macht sich diese Entwicklung bemerkbar. So stiegen die Preise für Eigentumswohnungen

ung unerschwinglich geworden.

Mehr Einwohner – weniger Lebensmittel aus der Schweiz

Die Zuwanderung und die damit verbundene Bautätigkeit hat zudem massive Auswirkungen auf unseren

Selbstversorgungsgrad im Bereich der produzierenden Landwirtschaft, da für die künftige Siedlungsentwicklung wertvolles Kulturland geopfert werden muss. Unser schönes Land wird zunehmend mit Gebäuden zugepflastert – jede Sekunde wird 1 m² Land verbaut!

Mehr Einwohner - mehr Mobilität! Schon heute sind die Strassen und die Bahnen bei vielen Strecken an ihrer Kapazitätsgrenze angelangt – obwohl in der Vergangenheit laufend ausgebaut wurde. Neben einem der dichtesten und meistbefahrenen Schienennet-

Verkehrsinfrastrukturen sind für unseren Wirtschaftsstandort Schweiz und für unsere Volkswirtschaft von grösster Wichtigkeit. Gute Verkehrsinfrastrukturen gehören zudem in jeder Region zu den Standortvorteilen und lassen diese auch mit wenigen Arbeitsplätzen wohnattraktiv bleiben. Mit der aktuellen Masseneinwanderung wird der Druck auf die Verkehrsinfrastrukturen weiter verstärkt. Gemäss Berechnungen des Bundes ist bis ins Jahr 2030 mit einer starken Zunahme beim Schienen- und Strassenverkehr zu rechnen (siehe Grafiken unten an der Seite). Weitere Ausbauten der Verkehrsinfrastrukturen sind daher unumgänglich, wenn die Schweiz nicht einen totalen Verkehrskollaps erleben will. Für solche

Heizöl) seit 1980 eine Senkung resultierte, wurde dies durch eine Zunahme bei Gas, Treibstoffen und Elektrizität

“ *Jeder Zuwanderer braucht entsprechenden Platz, Verkehrsinfrastrukturen und zusätzliche Energie. Diese verstärkte Nachfrage wird sich auf die Preise auswirken.* ”

ze der Welt verfügt die Schweiz auch über ein weitverzweigtes Strassennetz, welches den grössten Teil des Individual- aber auch Transportverkehrs abwickelt. Die Folgen der hohen Verkehrsdichte sind massive Unterhaltskosten, um überhaupt die Substanz des Systems erhalten zu können sowie hoher Stauverkehr, welcher jedes Jahr

Projekte auf der Strasse und Schiene rechnet der Bund mit einem Investitionsbedarf von 170 Mrd. Franken bis ins Jahr 2030, deren Finanzierung nur zu einem Bruchteil gesichert ist.

Mehr Einwohner – mehr Energieverbrauch!

Der Endenergieverbrauch der Schweiz

mehr als wettgemacht. Nach den Ereignissen in Japan hat insbesondere bei der Stromversorgung eine neue Debatte eingesetzt. Dabei wird in der Diskussion immer wieder vergessen, dass drei Viertel des Gesamtenergieverbrauches aus fossilen Ressourcen stammen. Die Senkung dieses Anteils und damit auch eine Senkung der Auslandsabhängigkeit sind wichtig, benötigen aber als Ersatz einen anderen Energieträger, in diesem Fall zusätzlichen Strom. Dieser Mehrbedarf muss in der künftigen Planungen der Stromversorgung einberechnet werden, denn sowohl Effizienzmassnahmen wie auch ein verstärkter Zubau bei den Erneuerbaren werden bei weitem nicht genügen, diese Lücke zu füllen.

Stopp der Masseneinwanderung!

Eine unkontrollierte Zuwanderung in unser attraktives Land, wie das im Moment der Fall ist, hat nicht nur Auswirkungen auf unsere Arbeitsplätze und Sozialwerke, sondern **jeder Zuwanderer braucht entsprechenden Platz, Verkehrsinfrastrukturen und schlussendlich zusätzliche Energie. Diese verstärkte Nachfrage wird sich auf die Preise in allen genannten Bereichen auswirken – mit**



volkswirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe verursacht. Funktionierende und leistungsfähige

hat sich über die letzten Jahre – trotz Effizienzmassnahmen stetig erhöht: Obwohl bei den Brennstoffen (wie

entsprechend negativen Folgen für uns alle. Deshalb gilt es die Einwanderung zu steuern.

Folgen der Masseneinwanderung: Schweizer Werte in Gefahr

Was macht die Existenz eines unabhängigen und freien Landes aus? Klare Grenzen, durch die Verfassung gegebene Grundwerte und eine Bevölkerung, welche diese Werte lebt und selbst bestimmt, wer zur Bevölkerung gehört und wer nicht. Das alles gibt die Schweiz mehr und mehr auf. So gefährdet sie nicht nur ihre Unabhängigkeit und ihre Freiheit, sondern auch ihre Zukunft und ihre Existenz.



von Nationalrat Lukas Reimann,
Wil (SG)

Es gäbe ja lange Übergangsfristen und Schutzmassnahmen, beschwichtigten die Befürworter der unkontrollierten Einwanderung stets. Eine Selbstaufgabe in Raten also? Inzwischen sind die Übergangsfristen abgelaufen. In diesem Jahr auch für ganz Osteuropa mit Ausnahme von Rumänien und Bulgarien. Die Schutzmassnahmen erwiesen sich als wirkungslos. Kritische Stimmen werden immer lauter: Auch damalige Befürworter geben heute zu, dass sie sich als wirkungslos und reine Verzögerungs- und Täuschungstaktik – um das Stimmvolk zu gewinnen – entpuppten.

Fakt ist: Personenfreizügigkeit heisst ungebremste Zuwanderung. Nach Abschluss aller Übergangsfristen erhält jeder EU-Bürger einen Rechtsanspruch auf Einwanderung in die Schweiz. Damit erfolgt auch die vollumfängliche Gleichstellung dieser Einwanderer mit allen Schweizerinnen und Schweizern auf dem Arbeitsmarkt und bezüglich der Ansprüche an unsere Sozialwerke. Die Schweiz kann also nicht mehr kontrollieren, wie viele Leute kommen, gleichgültig, woher sie kommen,

welche Religion sie haben, welche Arbeitsmentalität sie aufweisen. Alle, die Arbeit suchen oder sich auf einen Arbeitsvertrag stützen, können kommen. Die Aufenthaltserlaubnis gilt auch für Ehegatten, Kinder, Enkel sowie für Eltern und Grosseltern beider Ehepartner. Grenzgänger benötigen gar keine Aufenthaltserlaubnis mehr. Und wer Dienstleistungen als Selbstständiger anbietet, benötigt überhaupt keine Arbeitsbewilligung. Schweizer Gewerbebetriebe berichten immer wieder von Missbräuchen durch sogenannte

“An Schweizer Universitäten und in Bundesämtern wird bereits ernsthaft darüber diskutiert, Scharia-Parallelrecht einzuführen.”

nannte Ich-AG's, welche hier Arbeitsplätze vernichten.

Die Folgen sind drastisch: Die Wohnbevölkerung weist die stärkste Zunahme in der Geschichte der Schweiz auf. In den vergangenen Jahren sind rund 500'000 Personen mehr in die Schweiz eingewandert, über 68'000 alleine 2010. Das Bundesamt für Statistik rechnet bis 2035 mit bis zu 10 Millionen Einwohnern in der Schweiz als direkte Folge der unkontrollierten Zu-

wanderung. Wenn politisch nicht gehandelt wird, sind die Zahlen des Bundesamtes zu tief geschätzt. Klar ist, dass dies unser Land verändern wird. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Löhne, auf Kriminalität, auf Infrastrukturen, Mieten, Bodenpreise, Raumplanung, Schulen, Gesundheitswesen und Sozialwerke sind enorm. Dabei zählt die Schweiz heute schon einen der weltweit höchsten Ausländeranteile. Unser Bevölkerungswachstum ist für Europa einmalig.

Nehmen wir nur das Beispiel der Schulen: Klassen mit über 80% Ausländeranteil sind heute – auch in mittelgrossen Gemeinden – keine Ausnahme mehr. Eine Integration ist faktisch unmöglich. Das Niveau wird massiv nach unten gezogen, weil die Ressourcen für die Eingliederung von Personen mit sprachlichen Defiziten und aus anderen Kulturkreisen eingesetzt werden. Wir befinden uns in einem Teufelskreis. Fachkräfte und gut ausgebildete Leute holen wir aus dem Ausland, während wir in der Schweiz

MONATS-HIT

Canon
Digital Ixus 120 IS



auch in blau oder schwarz erhältlich.



Nur 239.- CHF
(inkl. Zubehör)

fotovideoplus.ch ebikon Tel. 041 442 06 16

das Bildungswesen verkümmern lassen. Die jungen Menschen in diesem Land leiden enorm darunter. Um ihnen eine Zukunft bieten zu können, müssen wir Bildungsinstitute mit gezielter Leistungsförderung stärken, statt Schulen weiter für die angebliche Integration der Ausländer zu missbrauchen.

Auch die Schweizer Werte werden durch die Masseneinwanderung zunehmend in Frage gestellt. Einwanderungsgruppen aus fremden Kulturkreisen stellen unsere verfassungsrechtlichen Grundrechte gezielt in Frage. An Schweizer Universitäten und in Bundesämtern wird bereits ernsthaft darüber diskutiert, Scharia-Parallelrecht einzuführen. Für ein friedliches Zusammenleben von allen in unserem Land ist eine gemeinsame Basis entscheidend. Und diese Basis dürfen wir nicht zerbrechen lassen. Wir müssen die Werte, die uns wichtig sind, die Freiheits- und Grundrechte und unsere demokratische Kultur, gegen ihre Feinde mit aller Kraft verteidigen. Dafür lohnt es sich, zu kämpfen.

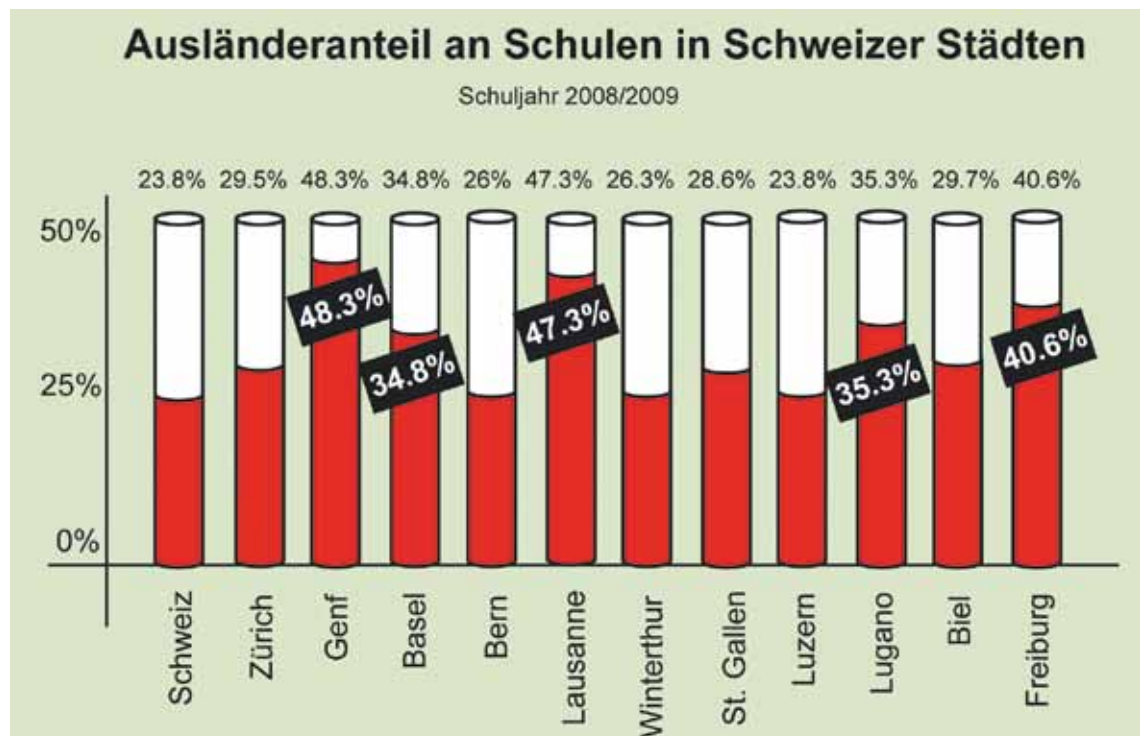
Was ist zu tun? Es ist klar, dass die Schweiz auf ausländische Fachkräfte angewiesen ist. Niemand will das Land verbarrikadieren. Aber es braucht wieder Kontrollmechanismen und Kriterien, nach welchen entschieden wird, wer einwandern darf und wer nicht. Darum ist die SVP-Initiative gegen Masseneinwanderung von entscheidender Bedeutung für unsere Zukunft!

Es gibt Alternativmodelle: Neuseeland, Australien oder Kanada steuern ihre Zuwanderung seit Jahren über ein modernes Punktesystem. Auch europäische Staaten diskutieren deren Einführung. Mit diesem System kann eine nach den Bedürfnissen der Schweiz ausgerichtete Einwanderungspolitik

eingeführt werden. Dabei wird für die Bewilligung das Erreichen einer Mindestpunktzahl vorausgesetzt. Entscheidend sollen verschiedene Kriterien sein: Bedarf (aktuell gesuchte Berufe), Sprachkenntnisse, schulische und berufliche Qualifikationen, Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, noch zu erwartende Erwerbstätigkeit (Alter), Arbeitsplatz (fixe Beschäftigung im Inland), Sicherung des Lebensunterhalts, Gesetzestreue, Beziehungen

gieren. Der Leistungsgedanke wird gestärkt. Integration soll sich positiv auswirken.

Die Erfahrungen im Ausland sind gut. Für die Wirtschaft notwendige Fachkräfte bei Personalmangel im Inland können flexibel gewonnen werden. Wer hingegen das Sozialsystem ausnutzt oder die Integration verweigert, erreicht die notwendige Mindestpunktzahl nicht und scheidet vorgän-



Eine Studie des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung aus dem Jahr 2003 hat festgestellt, dass bereits ab einem Migrantenanteil von 20% deutlich geringere mittlere Leistungen an den Schulen zu beobachten sind. Der durchschnittliche Ausländeranteil an Schulen in der Schweiz beträgt 23.8%. In den Kantonen Genf, Basel, Lausanne, Lugano und Freiburg liegt der Ausländeranteil sogar deutlich über 30%. (Grafik: Quelle BFS)

zur Schweiz, Herkunftsland, Integrationswille und Integrationsvoraussetzungen.

Die Vorteile überwiegen: Die Einwanderung kann wieder gesteuert und gezielt den aktuellen Bedürfnissen angepasst werden. So wird besser unterschieden zwischen jenen Ausländern, die sich integrieren, die Sprache beherrschen, Arbeit haben, Steuern zahlen und dem Land einen Mehrwert bieten, und jenen, die das Sozialsystem missbrauchen, Arbeit verweigern, kriminell werden und sich nicht inte-

gig aus. Nach Bedarfsanalysen und Qualifikationsprofilen kann die Einwanderung in transparenten und fairen Verfahren klar geregelt werden. Das jetzige System bewährt sich nicht. Die Quoten der Einwanderung in das soziale Netz sind hoch, die Integrationsanforderungen zu tief.

Auch die Schweiz muss diesen Schritt wagen. Mehr Kontrollen braucht es an der Grenze und bei der Einwanderung. Je schneller desto besser. Und zwar jetzt mit der Volkinitiative gegen Masseneinwanderung der SVP!

12 Sozialwerke

Einwanderung unterspült das Fundament der Sozialwerke

Die Sozialwerke der Schweiz sind eine der grossen Errungenschaften unserer auf Freiheit und Demokratie, aber auch auf gegenseitigem Beistand basierenden Gesellschaft. Diese tragenden Säulen werden heute zunehmend ausgehöhlt und sind teilweise bereits in arge Schieflage geraten.



von Nationalrat Jürg Stahl,
Brütten (ZH)

Wir können stolz auf unsere Sozialwerke sein und dankbar – denn sie wurden für diejenigen in unserem Land geschaffen, welche ohne Selbstverschulden in Not geraten. Doch mittlerweile sind diese Werke zunehmend zweckentfremdet worden und zu regelrechten Selbstbedienungsläden verkommen;

immer weniger Menschen finanzieren die Systeme – gleichzeitig partizipieren und profitieren immer mehr Menschen davon. Auffallend ist die Tatsache, dass Ausländerinnen und Ausländer im Vergleich zu den Schweizern massiv mehr in die Töpfe der Sozialwerke greifen! Alle Sozialwerke und -versicherungen sind von diesen Entwicklungen betroffen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmass.

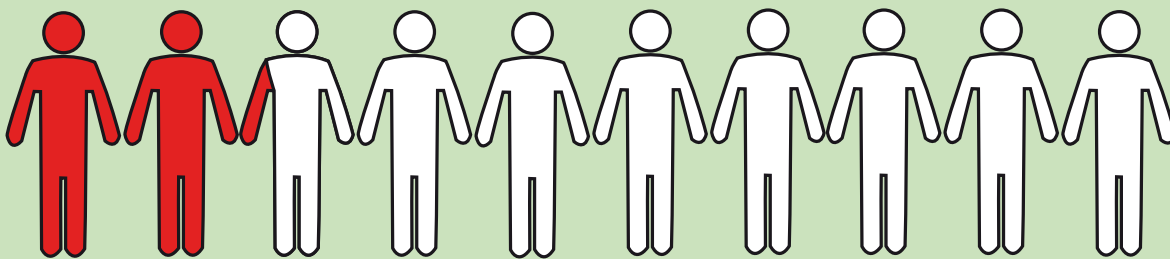
Der Bundesrat ignoriert die Probleme

Während der Bundesrat sich primär im Beschwichtigen und „Schönreden“ der Probleme übt, fordert die SVP dringende Massnahmen zur Kontrolle

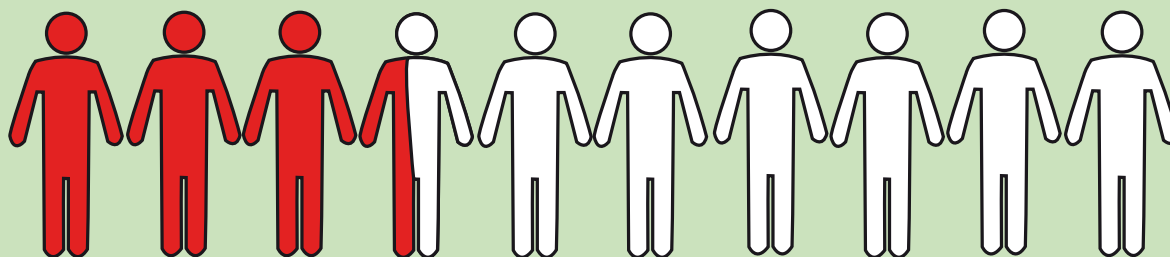
und Eindämmung der viel zu hohen Zuwanderung. Es ist doch logisch, dass sich mit einer nahezu totalen Personenfreizügigkeit die gesellschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Schweiz an jene in der EU und der anderen Zuwanderungsstaaten anpassen müssen. Die Arbeitslosigkeit muss unter diesen Bedingungen zwangsläufig steigen, die Sozialwerke werden unweigerlich massiv mehr belastet und benötigen immer mehr Geld. Als Folge müssen wir entweder die Steuern erhöhen und die arbeitende Bevölkerung für diese Fehlentwicklung bluten lassen, oder wir reduzieren die Leistungen. Ersteres kommt für die SVP nicht in Frage, da wir bereits genug bezahlen müssen.

Leistungsreduktionen andererseits sind nur bedingt möglich, da es einerseits die Falschen treffen kann und andererseits die Gefahr einer Verlagerung in andere soziale Auffangnetze besteht. Seit Jahren lassen sich der Bundesrat und die Mitteparteien in ihrer ganzen Zaghaftigkeit und „Nettigkeit“ von den forschenden Forderungen und Drohungen der Linken zu immer höheren Sozialausgaben drängen, die dann durch immer höhere Steuern (MwSt.-Erhöhung von 7.6% auf 8% für die IV) und Beiträge (Lohnbeitragserhöhung für die

Ausländeranteil bei der Schweizerbevölkerung: 22.1%



Ausländeranteil in der Schweizer Arbeitslosenversicherung: 43%



ALV) oder „Buebetrickli“ (6 Milliarden à-fonds-perdu Beitrag der AHV an die IV) finanziert werden müssen. Dieses „Ja chömmer doch nid,... ja dann müemer halt“ lehnt die SVP entschieden ab.

Schweizer Arbeitslosenversicherung lohnt sich für Ausländer

Auch in den letzten 10 Jahren ging man davon aus, dass dauerhaft mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 2.5% (oder 100'000 Arbeitslosen) in der Schweiz zu rechnen sei. Tatsächlich waren es in den vergangenen Jahren aber rund 3.2% (bzw. 130'000 Arbeitslose). Die Arbeitslosenversicherung (ALV) machte folglich Verluste in Milliardenhöhe und häufte bis Juli 2010 einen Schuldenberg von rund 7 Mia. Franken an. Während der generelle Ausländeranteil in der Schweiz bei rund 22% liegt, beträgt er bei den registrierten Arbeitslosen rund 43% und ist damit doppelt so hoch. Die Erwerbstätigkeit im Ausland wird heute an die Beitragszeit für die Schweizer ALV angerechnet, der versicherte Verdienst – damit also die Leistung – berechnet sich jedoch vollständig auf dem in der Schweiz zuletzt erzielten Lohn, wenn diese Beschäftigung mindestens 4 Wochen gedauert hat (ansonsten basierend auf einem wohnortsüblichen Lohn für eine Beschäftigung, die der im Ausland zuletzt ausgeübten Tätigkeit entspricht). Unter diesen Bedingungen besteht natürlich ein starker Anreiz für Ausländer, in der Schweiz eine Arbeit aufzunehmen und damit unter den Schutz der Schweizer ALV zu kommen.

Auch bei der Invalidenversicherung gibt's einiges zu holen

Bei der Invalidenversicherung (IV) sind der Leistungsausbau und damit die Kostensteigerung noch viel ausgeprägter als bei der ALV und auch hier findet sich mit rund 32% ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Ausländerinnen und Ausländern, welche IV-Leistungen beziehen. Zwei Ende 2009 im Auftrag des Bundesamtes für Sozialversicherung (BSV)

“Während der generelle Ausländeranteil in der Schweiz bei rund 22% liegt, beträgt er bei den registrierten Arbeitslosen rund 43% und ist damit doppelt so hoch.”

erstellte Studien belegen, dass insbesondere Personen aus der Türkei, aus Ex-Jugoslawien sowie aus Spanien, Italien und Portugal deutlich häufiger IV-Renten beziehen als Schweizer. Ab einem Alter von 40 Jahren öffnet sich die Schere massiv, so dass bei den 60-jährigen 40-45% der Personen aus diesen Gruppen IV-Rentner sind (gegenüber 13% bei den Schweizern). Andererseits belasten auch zunehmend jüngere männliche Personen aus dem Balkanraum, die zuvor kaum Beiträge geleistet haben und oft schwer nachweisbare bzw. zweifelhafte Gesundheitsbeschwerden angeben, diese Sozialversicherung. Bei der Neuberentungsquote zeigt sich ein ähnliches Bild: Die Neuberentungsquote beträgt für Personen aus der Türkei 6.6% und bei solchen aus Ex-Jugoslawien 5.6%. Schweizer weisen mit 3.1% gerade einmal eine halb so hohe Quote auf. Zusätzlich erhöht werden die sozialen Kosten hier durch die direkte Folge auf die Berufliche Vorsorge (BVG). Denn ist eine IV-Rente gesprochen, hat das sofort eine Auswirkung im BVG. Die Versicherer müssen den lebenslangen Rentenbetrag im BVG einstellen und zur Verfügung halten. Auch dies muss

schlussendlich von jemandem bezahlt werden.

AHV als Schweizer Qualitätswerk

Unser Altersvorsorgesystem mit AHV, beruflicher Vorsorge und allenfalls dritter Säule hat sich bewährt und wird von vielen Ländern mit Anerkennung und vielleicht sogar ein wenig Neid betrachtet. Die AHV als erste Säule ist dabei ein klassisches System nach dem Solidaritätsprinzip: Die Arbeitenden bezahlen die Renten für diejenigen, welche den wohlverdienten Ruhestand erreicht haben. Dieses System hat aber einen Haken: Da wir aufgrund besserer Lebensbedingungen immer älter werden, d.h. bei gleichbleibendem Renteneintrittsalter immer länger AHV-Rente beziehen, müssen immer weniger Aktive die Renten von immer mehr Rentnern bezahlen. Nun wird von seiten der entsprechenden Behörden behauptet, dass mehr Ausländer (vorausgesetzt sie arbeiten und zahlen AHV-Beiträge) dieses Problem entschärfen würden. Das mag kurzfristig so erscheinen. Über das Ganze betrachtet darf man aber nicht vergessen, dass alle diese Ausländer durch ihre heutigen Beitragszahlungen später auch einen Anspruch auf eine AHV-Rente haben, die dann von jemandem bezahlt werden muss. Kurz: Die demografischen Probleme der AHV lassen sich durch Masseneinwanderung garantiert nicht lösen! Wenn übrigens Ausländer erst relativ spät einwandern und deshalb weniger Beitragsjahre aufweisen, erhalten sie lediglich eine gekürzte Rente, welche dann durch andere Sozialwerke wie z.B. die Sozialhilfe ergänzt werden muss. Und wieder zahlt das System, das heisst Sie und ich.

Die SVP fordert eine Begrenzung der Masseneinwanderung, damit der Missbrauch, die Überlastung und somit der Niedergang unserer Sozialwerke und -versicherungen gestoppt werden können.



14 Inserate

SVP-HIT

1 Gutschein pro Zimmer / egal wieviel Nächte!

***Hotel-Restaurant
Alpenblick
Fieschertal

- Übernachtung im Standard DZ
- mit Frühstücksbuffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

Fr. 60.-
Fr. 50.- (Nebensaison)

Jetzt buchen, Skivergnügen in der ALETSCHEARENA

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel. 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - info@hotelalpenblick.ch

EINMALIG IN ZERMATT
365 Tage offen!
24 Stunde Sicherheit

- 2 **Schwimmbäder** (1 Salzwasser, 33°C & 1 Süßwasser 30°C)
- 2 **Aussen Tennisplätze**
- 2 **Saunas** und 2 **Dampfbäder**
- **Parkplatz** in Täsch / Alpenhotel
- **Abholdienst bei An- und Abreise** (Bahnhof – Hotel – Bahnhof / von 7.00 bis 21.00 Uhr)
- **GÜNSTIGE TARIFE**
- **in allen Zimmern:**
- WiFi
- Wasserkocher

Alpen resort Hotel
Tel: +41 27 966 30 00
e-mail: info@alpenresort.com
www.alpenresort.com

Alpen resort hotel Zermatt
Best Western

ALL THIS FREE FOR YOU

SIROX
Wasser • Wärme • Gesundheit

Seit Jahren bekannt für physikalisch induktive Kalk- und Rostschutztechnik

Sirox Cleantech GmbH Tel. 056 427 20 14
www.wassertrinker.ch info@sirox.ch

Dataform AG Formulardruckerei

Wir drucken für Sie:
ESR-Formulare
Formulare mit Karten

Zürcherstrasse 36 8604 Volketswil
Tel. 044 947 50 20 info@dataform.ch

Zürcher-örgeli.ch
Fachgeschäft für Schwyzerörgeli

Hausli Zürcher • Hofstrasse 21 • 9642 Ebnet Kappel
079 786 82 38

SVP-HIT

Kaufen Sie ein Örgeli bei Zürcher in Ebnet-Kappel; dann erhalten Sie ein Konsumations-Gutschein Fr.100.- in Toni Brunners „Haus der Freiheit“!

Schwyzerörgeli – das Instrument für ♥-Bürger und gesellige Stunden
Infos: www.zuercher-oergeli.ch **Qualität - Preis - Service**

Impressum

Auflage: 60 000 Exemplare
Herausgeberin: Stiftung SVP-Patezeitung
Erscheinungsweise: 12x/Jahr
Mitarbeiter: Michèle Berger, Kevin Grangier
Adresse: SVP-Klartext, Postfach 8252
3001 Bern - klartext@svp.ch
Druck: Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen - www.zonline.ch
Abonnement: Fr. 35.- jährlich für Nicht-Parteimitglieder
Gratis für Parteimitglieder - klartext@svp.ch
Inserate: Michèle Berger - klartext@svp.ch

**ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN**
AAREPTAN

Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com

Motorräder mieten in Zollikofen / Bern
Sport – Fun – Touring. Für jedes Bedürfnis das richtige Motorrad!

Standard-Adresse:
Wäldli Velos-Motos
Stämpflistrasse 23
3052 Zollikofen
Reservierungen: 031 911 18 74

Besucher der Motorrad-Landsgemeinde zahlen für eine Wochen-End-Miete nur den Ein-Tages-Preis!
Rechtzeitig reservieren.
www.motorrad-landsgemeinde.ch
Klare Konditionen – Faire Preise

Zum Beispiel: **Fun Bike GSR750**
Ideal für kurze Touren und Wiedereinsteiger.
www.motorrad-miete.ch

Fit bis 100+
Muskeln sind die Motoren des Lebens

InnoPlate
by SALUSSTAR®

Therapie- und Trainingsplatte
BISA® Vibrationstraining 3 D

Die InnoPlate eignet sich vorzüglich für einen gezielten Muskelaufbau. Koordination und Balancevermögen werden gefördert. Kraft, Ausdauer und Beweglichkeit verbessern sich signifikant. Kurze Trainingseinheiten von 5 - 15 Minuten bringen ungeahnte Verbesserungen. Sanfte und trotzdem, sehr effiziente Schwingungen vermitteln eine exklusive Lebensqualität und Lebensfreude pur.

Sonderpreis für Leser:
statt Fr. 9'890.-
nur Fr. 8'990.- inkl. MWSt.
inkl. Gratislieferung im Wert von Fr. 300.-

- Anwendereinschulung vor Ort
- Trainingsprogramm mit 44 Grundübungen
- Praxisseminare in Zürich
- Fr. 250.- Person/Tag

Zahlreiche begeisterte Anwender nutzen das Gerät im Privat- und Firmenbereich und betreiben damit aktive Gesundheitsvorsorge. Wir beraten Sie gerne: Pro Care Innomed GmbH • 5462 Siglistorf • Tel.: 056 243 15 74 • procareinno@bluewin.ch • www.procare.ch

MPG-zertifiziert
Spitzenqualität CH/A
10 Jahre wartungsfrei

Machen Sie mit beim Wahlkampf der SVP - Bestellen Sie Wahlmaterial!

**Bestellen via Talon, unter
031 300 58 58 oder unter
gs@svp.ch**



SVP-Latz-
schürze



SVP Logo-Fahne, Länge
100 cm, Breite 100 cm



Gery-Fahnen-
stränder mit
Schweizer
Kreuz, Höhe
200 cm, Brei-
te 50 cm



Papierservietten mit
SVP-Logo, 16 cm x
16 cm, Stückzahl 250
(Doppelpack)



Plastik- und Papier-
tisch Tuchrolle



SVP-Fahne, Länge 200 cm, Breite
120 cm

..... Ex. SVP-Fahne	100.-
..... Ex. SVP Logo-Fahne	45.-
..... Ex. Gery-Fahnenstränder	600.-
..... Anzahl Servietten (Pack)	10.-
..... Rollen Plastiktischtuch (100 m)	40.-
..... Rollen Papiertischtuch (10 m)	19.-
..... Ex. SVP-Schürze	5.-
..... Anzahl Zottel Frisbee	2.-

Zottel Frisbee, mit der Bestellung bitte pro
Stück Fr. 2.- in bar oder in Briefmarken und
ein frankiertes Rücksendecouvert beilegen.



Name: _____ Vorname: _____
 Adresse: _____ PLZ: _____ Ort: _____
 Mail: _____ Telefon: _____

Bitte Talon einsenden an:

SVP Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern, per Fax an 031 300 58 59 oder per Mail an gs@svp.ch



GOAL GLOSSAR

Rhetorik

Rhetorik

<griech.> rhētorikē (die Redekunst)

Reden ist keine Kunst! So zu reden, dass
man verstanden wird, aber schon! Dazu
muss man wissen, was man sagen will und
wie man es sagen muss. Wir helfen Ihnen
mit praxisnahen Rhetorikkursen und Übungen
vor der Kamera!

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Hier finden Sie den perfekten Partner.

Cuore, ledig, sucht ...

aufgestellten Partner, ehrlich und treu.
Bin unkompliziert, kinderliebend,
sparsam und ganz
bestimmt kein
Schluckspecht.



Fr. 15'980.-

Cuore, 51 kW (69 PS), 998 cm³,
abgebildetes Fahrzeug enthält Mehrausstattung gegen Aufpreis

Materia, ledig, sucht ...

vielseitig interessierten Partner für
aktiven Lifestyle. Bist du grosszügig,
flexibel und liebst
stilvolles Design?



Fr. 20'850.-

Materia 1.3, 67 kW (91 PS), 1298 cm³,
abgebildetes Fahrzeug enthält Mehrausstattung gegen Aufpreis

Sirion, ledig, sucht ...

unkomplizierte Begleitung. Bist du offen
für spontane Städtetrips und Bergabenteuer?
Bin temperamentvoll
und attraktiv.



Fr. 16'860.-

Sirion 1.0 2WD eco-top, 51 kW (69 PS), 998 cm³,
abgebildetes Fahrzeug enthält Mehrausstattung gegen Aufpreis

Terios, ledig, sucht ...

abenteuerlustigen Partner. Bin sportlich
und doch vernünftig mit Sinn
für die angenehmen
Dinge im Leben.



Fr. 25'990.-

Terios, 77 kW (102 PS), 1495 cm³,
abgebildetes Fahrzeug enthält Mehrausstattung gegen Aufpreis

Wo treffen wir uns?

Gratis-SMS mit «Cuore», «Materia», «Sirion» oder «Terios» und deiner PLZ an 919.

Wer einen zuverlässigen Partner sucht, wird bei Daihatsu nicht enttäuscht. Sei es mit dem sparsamen Cuore, dem praktischen Sirion (auch als 4x4), dem geländegängigen Terios (4x4) oder dem geräumigen Materia (auch als 4x4). Dazu bietet Daihatsu über hundert Jahre Tradition in der Kompaktklasse und erstklassige Qualität. Bevor Sie mit dem Auserwählten eine Beziehung eingehen, sollten Sie ihn aber unbedingt testen: auf einer Probefahrt bei Ihrem Händler. www.mydaihatsu.ch



DAIHATSU
Die perfekte Grösse.